



Fraktion der Region Hannover

**Sachantrag** der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) in der  
Regionsversammlung Hannover,

**gemäß § 56 S 1 NKomVG i.V.m. § 8 GO d. RV v. 15.11.2016,**

gerichtet an Herrn Regionspräsidenten Jagau,

zur Behandlung im Fachausschuss für Soziales, Wohnungswesen und  
Gesundheit am 21. Februar 2017

und im Regionsausschuss am 28. Februar 2017.

**Aufforderung an das Land Niedersachsen zu einer höheren  
Unterstützungsleistung zugunsten der Region Hannover hinsichtlich der durch  
die Region Hannover seit 2015 betriebenen Unterbringung und Betreuung  
Asylsuchender**

**Beantragt wird folgender Beschluss des Regionsausschusses:**

Herr Regionspräsident Jagau möge sich ausdrücklich gegenüber dem  
niedersächsischen Ministerpräsidenten der schriftlichen Forderung des  
Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Hannover sowie des Landrates des  
Landkreises Harburg aus dem November 2016 anschließen, in welcher eine  
stärkere finanzielle Entlastung der Kommunen durch das Land Niedersachsen  
angemahnt wird.

Das Land Niedersachsen muss die Kommunen finanziell in einer Höhe  
unterstützen, die hinreicht, die tatsächlichen Kosten der Unterbringung und  
Betreuung Asylsuchender tragbar zu gestalten, die den Kommunen infolge der  
Zuweisung Asylsuchender durch das Land entstanden sind.

Insbesondere sind dabei auch solche Kosten durch das Land zu berücksichtigen, die Kommunen infolge des Unterhalts nun leerstehender Unterkünfte treffen, die zuvor infolge der Zuweisungen des Landes eingerichtet worden sind.

**Begründung:**

Bezug ist der Artikel von Dr. Andreas Schinkel, „Flüchtlingsunterbringung: Stadt will mehr Geld vom Land“, HAZ 12.01.2017, einsehbar auch unter folgender URL:

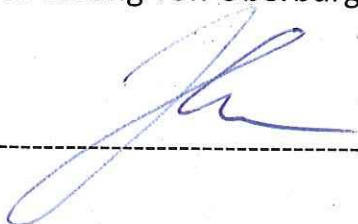
<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Hannover-will-mehr-Geld-vom-Land-Niedersachsen-fuer-Fluechtlingsunterbringung>

Hier wird deutlich, dass offenbar ein für die Landeshauptstadt Hannover sehr empfindliches Defizit zwischen den für die Unterbringung und Betreuung Asylsuchender tatsächlich aufgewendeten kommunalen Mitteln einerseits, sowie der derzeit durch das Land zu erwartenden finanziellen Unterstützung andererseits, besteht.

Die LHH führt an, dass eine durch das Land bislang vorgesehene „Kopfpauschale“, in Höhe von € 10.000,- für jeden asylsuchenden Menschen, gerade ungefähr hinreiche, die Hälfte der Kosten für die notwendige Unterbringung und Betreuung abzudecken.

Auf die finanzielle Belastung der Kommunen durch nun leerstehende Unterkünfte wird in dem Zeitungsartikel ebenfalls verwiesen.

Die Fraktion der Alternative für Deutschland in der Regionsversammlung nimmt an, dass die Region Hannover von diesen durch die LHH geschilderten Problemen, vielleicht in etwas gemilderter Höhe, ebenfalls betroffen ist – und sich der Forderung von Oberbürgermeister Schostok anschließen sollte.



---